

Liberia wählt – Frau oder Fußballstar?

Dunja Speiser

Zum ersten Mal in seiner Geschichte haben in Liberia freie und faire Wahlen stattgefunden. Etwa 1,35 Millionen registrierte Wähler waren am 11. Oktober aufgerufen, den Präsidenten und die zwei Kammern des Parlaments neu zu bestimmen, welche die vor zwei Jahren eingesetzten Übergangsinstitutionen ablösen. Da keiner der beiden Präsidentschaftskandidaten – der ehemalige Fußballstar George Weah und die Politikveteranin Ellen Johnson-Sirleaf – die absolute Mehrheit erreichte, wird am 8. November eine Stichwahl erfolgen. Die derzeit fast 16 000 Personen starke United Nations Mission in Liberia (UNMIL) hat nach 14 Jahren Krieg die Sicherheit im Land wiederhergestellt und damit demokratische Wahlen ermöglicht. Eine extern unterstützte Wahlkommission hat den Wahlprozeß erstmals unabhängig und in vorbildlicher Weise organisiert. Trotz dieser erfreulichen Etappensiege ist der Stabilisierungsprozeß noch lange nicht zu Ende. Eine erfolgreiche Fortführung bedarf eines noch Jahre andauernden Engagements der internationalen Gemeinschaft.

Der Wahltag verlief friedlich. Dies bestätigen Berichte der etwa 400 internationalen und mehr als 4000 nationalen Wahlbeobachter. Trotz schwieriger Witterungsbedingungen und bis zu zwölfstündigen Wartezeiten lag die Wahlbeteiligung bei mehr als 75%. Kleine organisatorische Mängel und einige über das Prozedere der Stimmabgabe schlecht informierte Wähler haben den Ablauf mancherorts in die Länge gezogen. Daraus resultierende Tumulte wurden von den im gesamten Land stationierten UNMIL-Truppen und der reformierten Liberian National Police jedoch schnell unter Kontrolle gebracht.

Aufgrund schlechter Straßen und mangelnder Strom- und Telefonverbindungen

nahm die Stimmauszählung über eine Woche Zeit in Anspruch. Nach dem vorläufigen Ergebnis liegen die beiden im Vorfeld als Favoriten gehandelten Kandidaten klar in Führung. George Weah von der Coalition for Democratic Change (CDC) führt mit 28,3% der Stimmen vor Ellen Johnson-Sirleaf von der Unity Party (UP), die 19,8% der Stimmen erhielt. Da das liberianische Mehrheitswahlrecht jedoch ein 50 + 1-Quorum verlangt, wird die Stichwahl entscheiden, wer in die Executive Mansion einziehen wird. Gewünscht haben sich einen zweiten Wahlgang die wenigsten: Denn unter den Nachkriegsbedingungen ist er teuer und aufwendig. Daß es jedoch dazu kommen würde, war abzusehen: Die

Liberianer hatten sich zwischen 22 Präsidentschaftskandidaten zu entscheiden.

Bube oder Dame

Wenngleich George Weah heute mit einigem Abstand vor Johnson-Sirleaf liegt, stehen die Chancen gut, daß in Afrika zum ersten Mal eine Frau ins höchste Regierungsam gewählt wird. Weah hat beim ersten Urnengang möglicherweise sein Stimmenpotential bereits weitgehend ausgeschöpft. Seine Wähler stammen mit großer Mehrheit aus der jungen Bevölkerung, viele davon sind entwaffnete Kämpfer, die den Weltfußballer von 1995 seit Bekanntgabe seiner Kandidatur geradezu fanatisch unterstützt haben. »König George«, wie sie ihn nennen, ist der wohl einzige Weltstar, den Liberia je hatte. Der in ärmsten Verhältnissen aufgewachsene Sportler, der es mit viel Ehrgeiz zu Ruhm und Wohlstand gebracht hat, ist für die Jugend ein Idol. Weah, der bei seiner Karriere im Ausland die Heimat nicht vergaß, hat die liberianische Nationalmannschaft vor dem Ruin gerettet und als UNICEF-Botschafter humanitäre Projekte finanziell unterstützt. Doch schlägt dem ehemaligen Fußballprofi deutliche Kritik vor allem von Liberias politischer Elite entgegen. Er sei ungebildet und politisch unerfahren und insofern nicht dafür gerüstet, das kriegsgeschädigte Land auf den richtigen Weg zu bringen.

Tatsächlich läßt Weahs fehlende formale Bildung an seiner Qualifikation zweifeln. Er selbst hält dagegen, daß gerade die Akademiker das Land in den Abgrund geführt hätten. Zugute kommt Weah, daß er bislang weder in die liberianische Politik, die von meist patrimonial-klientelistisch geprägten Netzwerken beeinflusst ist, noch in das Kriegsgeschehen verwickelt war. Vor diesem Hintergrund könnte es als Vorteil gewertet werden, daß er als wenig vorbelastete Person zukünftig die politischen Geschicke bestimmt. Andererseits könnte den Politikneuling seine Unerfahrenheit aber auch anfällig für den Einfluß von

Beratern machen, die an ihrem eigenen Wohlergehen, nicht jedoch an dem des Landes interessiert sind.

Weahs Konkurrentin, die Harvard-Absolventin mit Weltbank- und UN-Erfahrung, Ellen Johnson-Sirleaf, ist mit der liberianischen Politik lange vertraut. Kritiker werfen ihr vor, daß sie Charles Taylor zu Beginn der neunziger Jahre unterstützt habe. Dabei ist der Kriegsherr sehr bald zu ihrem erbitterten Gegner geworden. Bei den Präsidentschaftswahlen 1997 war sie erfolglos gegen ihn angetreten. Für die »Eiserne Lady« sprechen ihre Kompetenz vor allem in ökonomischen Fragen und ihre internationalen Erfahrungen. Vielleicht kann sie aber auch einfach von der Hoffnung profitieren, daß eine Frau an der Spitze Liberias einen neuen Politikstil in die von persönlichen Netzwerken und korrupten Verhaltensweisen geprägten Strukturen einführt. Der Kampf für Transparenz und verantwortungsvolle Regierungsführung steht in Johnson-Sirleafs Wahlprogramm ganz oben. Ihre Vorschläge scheinen fundierter als die Versprechungen ihres Konkurrenten. Beobachter gehen davon aus, daß die Mehrzahl der gescheiterten Präsidentschaftskandidaten eine Wahlempfehlung für die 66jährige Kandidatin aussprechen werden.

Herausforderungen

Wer auch immer den Sieg davonträgt, steht vor immensen Herausforderungen. Drei Aufgaben müssen als vordringlich betrachtet werden. *Erstens*: die Bereitstellung staatlicher Grundversorgung im Bildungs-, Gesundheits- und Infrastrukturbereich sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. *Zweitens*: der Aufbau lokaler Sicherheitsstrukturen, welche die Präsenz der UN-Truppen in wenigen Jahren obsolet werden lassen sollten. *Drittens* und unabdingbare Voraussetzung für die Durchführung sämtlicher für die sozio-ökonomische Stabilisierung des Landes notwendigen Aufgaben: ein transparentes Ressourcen-Management der Regierung.

Der jahrzehntelange verantwortungslose Umgang mit öffentlichen Mitteln und mit Liberias reichen Vorkommen an Diamanten und Bauholz hat zum Zerfall des Staates geführt, den Krieg ebenso provoziert wie finanziert und das Land zu einem der ärmsten der Erde werden lassen. Die Mißstände setzten sich unter der Transitionsregierung fort, die auf Basis des im August 2003 unterzeichneten Accra-Friedensabkommens eingesetzt worden war. Die Aufteilung von Ministerien und Parlamentssitzen unter den Rebellen und der ehemaligen Taylor-Regierung war ein realpolitischer Kompromiß. Gute Regierungsführung war mit diesem Personal jedoch nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Korruption und Veruntreuung öffentlicher Güter haben ein scheinbar noch größeres Ausmaß erreicht und die internationale Gemeinschaft zu einem radikalen Eingriff in die staatliche Souveränität Liberias veranlaßt.

Nach katastrophalen Ergebnissen von Haushaltsprüfungen der liberianischen Staatsinstitutionen forderten die Geber – vor allem EU und USA – zusammen mit ECOWAS, AU und UNMIL die Durchführung eines *Governance and Economic Management Assistance Program* (GEMAP). Danach sollen sämtlichen Schlüsselfiguren im Staatsapparat ausländische Experten an die Seite gestellt werden, ohne deren Unterschrift keine größeren Staatsausgaben getätigt werden können. Das in Liberia kontrovers diskutierte Programm mit einer dreijährigen Laufzeit wurde dennoch von der Übergangsregierung angenommen und wird auch die ab Januar 2006 inaugurierte neue Regierung binden. George Weah sicherte ihm seine uneingeschränkte Unterstützung zu. Ellen Johnson-Sirleaf äußerte sich verhalten positiv, warnte jedoch davor, die Liberianer aus der leitenden Verantwortung für die eigene Transformation zu entlassen.

»Capacity building« und Partizipation

Die weitgehende Intervention im Rahmen von GEMAP könnte die Chancen erhöhen,

daß die Fortschritte im Friedensprozeß der letzten zwei Jahre konsolidiert werden. Mehr als je zuvor scheint der politische Wille der externen Akteure vorhanden, auch die Grundursachen der Probleme Liberias anzugehen statt ausschließlich deren Symptome zu behandeln.

Aufgrund von GEMAP und der Rolle UNMILs ist Liberia heute ein Quasi-Protektorat mit hoher Außenabhängigkeit. Diese Schritt für Schritt zu reduzieren muß das Ziel sämtlicher Interventionsmaßnahmen sein. Nur so kann verhindert werden, daß sich der neue Staat darauf konzentriert, seine Einnahmen vorwiegend aus externen Zuwendungen zu beziehen, und darüber Bemühungen um wirtschaftliche Unabhängigkeit vernachlässigt. Dauerhafter Friede in Liberia bedarf des Aufbaus stabiler staatlicher Institutionen. Nachhaltig wird dieser nur gelingen, wenn die liberianische Bevölkerung so weit als möglich in den Aufbau prozeß integriert und Verantwortung an Liberianer übertragen wird, sobald die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Im Mittelpunkt muß deshalb die Zusammenarbeit externer Experten mit lokalen Kräften und die Förderung von deren Fähigkeiten und Qualifikationen stehen – ein Lernprozeß, der Fehler zulassen muß, durch externe Begleitung jedoch Fehlentwicklungen der Vergangenheit verhindern helfen soll.

Fortschritte und Lernerfolge

Über 103 000 Kombattanten wurden demobilisiert, der Großteil ihrer Waffen an die UN abgeliefert. Numerisch und vom technischen Ablauf her sind *disarmament* und *demobilisation* als Erfolg für die federführende UNMIL zu verbuchen. Das war 1996/97 noch anders, als der nur unvollständig durchgeführte Entwaffnungsprozeß maßgeblich zum baldigen Wiederaufflammen des Konflikts beigetragen hatte. Prioritär müssen nun die ehemaligen Kämpfer in ein ziviles Leben re-integriert werden. Dafür fehlen bislang die nötigen Gelder. Mittel- und langfristig muß eine

sozio-ökonomische Entwicklung den mehrheitlich jungen Menschen Perspektiven bieten, die sie davon abhalten, sich erneut gewaltsam den Lebensunterhalt im eigenen Land oder einem der fragilen Nachbarstaaten – Sierra Leone, Côte d’Ivoire, Guinea – zu verdienen.

Die Reform des Sicherheitssektors war 1997 dem zum Präsidenten gewählten Kriegsherren Charles Taylor überlassen worden, der sie jedoch nie umgesetzt hat. Den durch die USA bzw. UNMIL angeleiteten Militär- und Polizeireformen im heutigen Liberia ist ein weit besseres Zeugnis auszustellen. Die vollständige Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch die lokalen Kräfte liegt aber noch in weiter Ferne und bedarf einer weiterhin umfangreichen und langfristig angelegten Unterstützung von außen.

Auch die Durchführung demokratischer Wahlen, ein weiterer erfolgreicher Schritt in Richtung Friedenskonsolidierung, war nur dank externer Garantie von Sicherheit im ganzen Land möglich.

Aussichten

Der seit 1989 geführte Krieg in Liberia hat die gesamte westafrikanische Region in Mitleidenschaft gezogen. Im Umkehrschluß gilt, daß deren Befriedung von der nachhaltigen Stabilisierung des kleinen Landes abhängig ist. Der übereilte Rückzug der internationalen Gemeinschaft in den neunziger Jahren war ein Fehler, der nicht wiederholt werden darf. Das aktuelle Engagement für Liberia ist massiv und in diesem Umfang wohl kein zweites Mal zu erwarten. Chancen für eine dauerhafte Stabilisierung Liberias bestehen durchaus, sie sind jedoch fragil und zahlreichen Risiken ausgesetzt.

Auf allen Seiten ist vor unrealistisch hohen Erwartungen zu warnen. Wieviel Zeit Wiederaufbauprozesse in einem Land benötigen, die nach Jahrzehnten von Mißwirtschaft und Gewaltkonflikten bei Null beginnen, zeigt der Nachbarstaat Sierra Leone. Drei Jahre ist der Friedensprozeß dort jenem Liberias voraus, und er hat im

Bereich Sicherheit mit großer internationaler Unterstützung beachtliche Erfolge vorzuweisen. Weitere sichtbare Friedensdividenden für die Bevölkerung fallen jedoch enttäuschend aus.

Angesichts des Umfangs der in Liberia zu bewältigenden Aufgaben und der Instabilität der gesamten Region ist ein Abzug der UNMIL-Truppen in frühestens fünf Jahren in Erwägung zu ziehen.

Erfolgreiche Wahlen sind ein wichtiger Schritt auf dem langen Weg der Transformation. Der aktuelle Wahlprozeß ist noch nicht abgeschlossen. In der laufenden zweiten Phase des Wahlkampfes zeichnet sich eine harte Auseinandersetzung zwischen den nurmehr zwei Kandidaten – Weah und Johnson-Sirleaf – und ihren Anhängern ab. Es bleibt zu hoffen, daß auch diese Auseinandersetzung mit ausschließlich demokratischen Mitteln geführt wird und keiner der Beteiligten der Versuchung erliegt, in die übliche »the winner takes all«-Mentalität zu verfallen oder ethnische Unterschiede polarisierend auszunutzen.

Wichtig für die Nachwahlphase ist die Einbindung enttäuschter Verlierer und ihrer Unterstützer. Verbal haben sich die Kandidaten zumeist verpflichtet, Niederlagen zu akzeptieren. Ob dies nach den Postenverteilungen auch in der Praxis zum Ausdruck kommen wird, bleibt abzuwarten. Die Sieger müssen mit ihren Mandaten verantwortungsvoll umgehen und Ämter möglichst inklusiv besetzen. Die Ergebnisse der Senats- und Repräsentantenhauswahl lassen darauf hoffen, daß sich viele der verschiedenen Gruppen zumindest teilweise auf der politischen Bühne Liberias repräsentiert fühlen. Auch einige ehemalige Warlords und Taylor-Leute haben einen der 30 Senats- bzw. 64 Repräsentantenhaussitze erringen können. Einerseits macht dies deutlich, daß die alten Geister noch nicht ganz aus dem Land vertrieben sind. Sie dürften sich jedoch innerhalb des demokratisch-institutionellen Rahmens besser kontrollieren lassen als außerhalb.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364